

Erscheint zweimal
monatlich!

Abonnement für
10 Nummern S 1.—
(inkl. Postzustellung)

Arbeiter-Stimme

Redakt.: Wien, XVIII,
Vinzenzgasse 24, Tel.
20-2-69. — Admini-
stration: Wien, II,
Novaragasse Nr. 24/22,
Telephon Nr. 86-8-23
Alleinige Inseraten-
annahme Wien, V.,
Kriehberggasse 8, Tel.
Nr. 56-6-23

ORGAN FÜR DIE WERKTÄTIGEN ÖSTERREICHS

1. Jahrgang

Wien, Ende Mai 1927

Nr. 7

Seipels Pläne!

Unter Führung des Finanzkapitals, dessen Mann Seipel ist, haben sich alle Schichten der Großbourgeoisie — Großindustrielle, Großhändler, Großgrundbesitzer, Großbauern — zu einer Front vereinigt. Das ökonomische Ziel dieser Seipelfront ist die Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft durch gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter. Das politische Ziel ist die Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur, am liebsten mit den Habsburgern an der Spitze.

In den Wahlen wollte sich die Kapitalistenklasse den zur Erreichung ihrer Ziele besten Weg ebnet durch einen Ruck nach rechts. Der Ruck nach links ändert nicht die Ziele, sondern nur die Taktik der Seipelfront.

Die Bourgeoisie zieht den Landbund zur Bildung der Regierung heran. Ein Teil der großdeutschen Gefolgschaft, die den Anschluß an Deutschland und der Lösung der Kulturfragen (Eherechtsreform, Beseitigung des § 144, Schulreform) zuneigt, ist zum Landbund abgeschwenkt. Allein die wirtschaftlichen Klasseninteressen der Großbauern, deren Partei dieser Bund ist, werden den Ausschlag geben. Die Großbauernpartei wird sich der Seipelfront einfügen und mit ihr verwachsen.

Die Kapitalistenklasse denkt trotz der Wahlniederlage nicht daran, die Regierung aus der Hand zu geben. Im Gegenteil. Was sie in Tirol und Vorarlberg begonnen hat, die Verdrängung der Sozialdemokratie aus den Landeskoalitionsregierungen (»Proporzregierungen«), das gedenkt sie fortzusetzen.

Die internationale Lage ist ihr günstig. Rings um Oesterreich wächst die Reaktion. Der Vertrag Ungarns mit Italien — und hinter Italien steht England — eröffnet ihr beste Aussicht. Bis Mussolini und Horthy losschlagen, wollen die Herrschaften die reife Frucht pflücken. Bis dahin wollen sie rüsten und vorbereiten.

Darum werden sie noch energischer als bisher die Faschistenformationen, die Heimwehren, Frontkämpfer, Hackenkreuzler ausbauen, ausrüsten.

Sie werden die Raubzollvorlage betreiben, um das Vordringen der Sozialdemokratie in den Dörfern einzuhalten und die große Masse der Bauern fester an sich zu ziehen.

Sie werden die Arbeitslosigkeit steigern, ihre demoralisierenden Wirkungen ausnützen, werden die Löhne senken, die Arbeitszeit verlängern, die Arbeit verdichten, das Urlaubsgesetz brechen, die Rechte der Betriebsräte beschneiden, beseitigen. Und die gesteigerte Offensive der Unternehmer in den Betrieben werden sie verbinden mit verschärftem Zugreifen der Staatsgewalt (Antiterrorgesetz, Beschneiden des Streikrechtes).

Mit dem Regime der festen Faust wollen sie die schwankenden Mittelschichten wieder ganz hinter sich ziehen und den Hausbesitzern das Mieterschutzgesetz vor die Füße legen.

Die Arbeiterschaft muß diese Pläne durchkreuzen.

Sie muß den Ruck nach links, diesen Stimmungsumschwung, den der Wahlausgang selbst schon beflügelt hat — siehe Attnang-Puchheim — verbreitern, vertiefen. Insbesondere in den Dörfern gilt es, den letzten Landarbeiter, den letzten Häusler und Keuschler zu wecken und die nicht ausbeutenden Bauern, die nur mit ihrer Familie ihre Wirtschaft treiben, aus der Gefolgschaft der Dorfkapitalisten zu lösen.

Sie muß in aktivem Kampf die Angriffe der Unternehmer in den Betrieben, die Vorstöße der kapitalistischen Staatsgewalt, die Versuche, die proletarische Lebenshaltung zu drücken, insbesondere jeden Angriff auf den Mieterschutz und das Zollattentat, abwehren.

Allein die Arbeiterschaft darf sich mit bloßer Defensive nicht begnügen. Sie muß Maßregeln erzwingen, die die Massenarbeitslosigkeit wirksam eindämmen, einem großen Teil der Arbeitslosen Arbeit, den anderen Brot, mehr Brot als bisher geben; sie muß den Betriebsarbeitern höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen; sie muß die wahnsinnige Steuerlast, die das Proletariat niederdrückt, auf die Bourgeoisie wälzen, insbesondere die Beseitigung der Warenumsatzsteuer erzwingen; sie muß die sofortige Durchführung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes, die Verbesserung seiner menschenunwürdigen Bestimmungen erkämpfen und namentlich den Raub an den arbeitslosen Alten aus der Welt schaffen; sie muß den Kleinrentnern helfen, ihre Forderungen auf Kosten der Bourgeoisie zu verwirklichen, insbesondere auf Kosten derer, die sich an der Expropriation der Kleinrentner mittels der Seipelkrone bereichert; sie muß die Behebung der unerträglichen kulturellen Rückstände erkämpfen, sie muß die Eherechtsreform, die Beseitigung des § 144, die Anwendung des Reichsvolksschulgesetzes auf Burgenland und die Einheitsmittelschule für das ganze Reich durchdrücken.

Gegen die Konterrevolution muß sie auf der Wacht sein für Republik und Demokratie, muß den Schutzbund zu einer Massenorganisation ausbauen, die alles erfaßt, was im Proletariat Klassenbewußt und wehrhaftig ist und muß sich klar sein, daß gegen den Staatsstreich, den die Konterrevolution plant und vorbereitet, der Generalstreik für sich allein nicht genügt, sondern daß im Ernstfalle der Generalstreik noch gesteigert werden muß bis zur bewaffneten Niederwerfung der Bourgeoisie!

Die Arbeiterklasse muß Seipels Pläne zuschanden machen. Die Bourgeoisie treibt auf der ganzen Linie ihre Offensive vorwärts. Die Arbeiterschaft läßt sich nicht brechen und nicht biegen, ihre Losung lautet:

Klassenkampf auf der ganzen Linie!

Um 8000 Arbeitslose mehr als im Mai 1926.

Trotz der Saisonarbeit bleibt die Arbeitslosigkeit, die sonst im Frühjahr erheblich zurückging, in den letzten zwei Aprilwochen nahezu stabil. Ja, bei den Angestellten ist noch ein weiteres, be-

deutendes Anwachsen (um 667) zu verzeichnen. desgleichen in der Textilindustrie (300). In Wien waren am 1. Mai 83.337 unterstützte Arbeitslose, in ganz Oesterreich 181.000. Dazukommen noch etliche zehntausende Arbeitslose, die keine Unterstützung beziehen, so daß nach wie vor 250.000 Arbeiter direkt von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Habsburg auf Reisen.

Herr Otto Habsburg befindet sich auf Reisen. Wundert es Euch, daß uns diese Reise interessiert? Wir haben soviel Erfahrung mit den Herren Habsburg gemacht, insbesondere, wenn sie zu irgendeinem Zweck »unterwegs« waren, daß wir es ausdrücklich zur Kenntnis nehmen — Herr Otto Habsburg befindet sich derzeit in Luxemburg. Das ist die eine Tatsache.

Die andere. Mussolini und Bethlen haben einen »ewigen« Freundschaftsvertrag geschlossen. Ungarische Generale befinden sich derzeit in Rom. Vielleicht besteht da ein kleiner Zusammenhang?

Herr Bethlen hat ihn höchst eigenhändig aufgedeckt. Im Klub der Regierungspartei erklärte er vor wenigen Tagen, daß man dem »italienischen Freunde« die Wiedererwerbung Oedenburgs zu danken habe. Mit erhobener Stimme fügte er hinzu: »Die ungarische Nation hat ein Interesse daran, daß an den südlichen Meeresgestaden, namentlich an der Adria, eine starke italienische Nation Wacht halte. Italien hat aber ein Interesse daran, daß in diesem Teile des Donaubekens eine starke, entwicklungsfähige Nation lebe«. So umschreibt Herr Bethlen, daß er zum Pfeifendeckel Mussolinis wurde. Und am selben Tage noch erklärte Bethlen einem jugoslavischen Zeitungskorrespondenten gegenüber: »Ungarn ist nach dem Sinn und dem Wortlaut seiner Verfassung eine Monarchie«

Mit Genehmigung des hohen italienischen Herrn, als Dank dafür, daß ungarische Generale Anweisung bekommen, welche Operationen die ungarische Armee in einem italienisch-jugoslavischen Krieg durchzuführen hat, darf Ungarn den »Wortlaut seiner Verfassung« erfüllen und — Monarchie werden. Das ist die zweite Tatsache.

Und dann gibt es noch eine ganz kleine Tatsache, sozusagen nur ein Beistrich zu einer Tatsache: Mit den Stimmen der ungarischen Sozialdemokraten Peyer und Peidl wurde der infame Vertrag von Rom zwischen Mussolini und Bethlen angenommen —

Herr Otto Habsburg wird bereits ungeduldtig in Luxemburg. Die legitimistischen Grafen Sigray, Zichy, Andrassy, konspirieren fieberhaft. Auch in Wien.

Habsburg in Ungarn, das bedeutet Horthy in Eisenstadt. Wie muß sich da der österreichische Minister Kollmann freuen, daß die »Gemeinheit, die österreichische Burgenland-Annektion« aus der Welt geschafft wird!

Die Seipelregierung, was ist sie denn anders, als Habsburg Siegelbewahrer, als Mussolinis Anbeter und Horthys Liebling? Wie gerne gebe sie das Burgenland und noch manches als Draufgabe könnte sie die Arbeiterklasse ohne Risiko ein klein wenig niederwerfen, ein bischen Hejas und Pronay spielen!

Und die österreichische Arbeiterklasse? Die sozialdemokratischen Führer empfehlen ihr als Ausweg im Falle eines Habsburgerputsches — Anschluß an Deutschland. Ein famoser Ausweg! Herr Hindenburg wird zu Pferd steigen, um die österreichische Arbeiterklasse zu verteidigen! Die deutsche Bourgeoisie hat feierlich auf den Anschluß verzichtet. Auf einen Wink von England oder Frankreich wird sie gehorchen oder sie wird sich ein bischen spreizen, bis sie ein kleines Koloniechen zum Trost bekommt! Aber wird sich die deutsche Bourgeoisie für die österreichische Arbeiterklasse zur Wehr setzen, wenn Habsburg bewaffnet einfällt und die Versailler Mächte beide Augen zudrückend, einzig und allein den Anschluß verbieten?

Nein, der Ausweg ist uns zu gewagt. Es könnte uns passieren, daß unter solchen Umständen zwar nicht der Anschluß an Deutschland, dafür der an Habsburg verwirklicht wird. Habsburg ist auf Reisen! Seine Generale rüsten, seine Minister konspirieren. Da gibt es für die österreichische Arbeiterklasse nur einen Ausweg: Gerüstet sein!

Habsburg auf Reisen — das heißt: Zum Teufel mit seinen Handlangern in Oesterreich, weg mit der Seipelregierung!

Die Eroberung der Staatsmacht.

Das ist die Lehre, die die sozialdemokratischen Führer aus den Wahlen gezogen haben: In 7 Jahren sind wir von 36 Prozent auf 43 Prozent der abgegebenen Stimmen gewachsen, noch ein bis zwei Wahlgänge und — wir sind am Ziele.

Manche Zweifler meinen spöttisch: »Die letzten 7 Prozent sind eben die schwersten — ihr werdet sie niemals erreichen.« Und tausende, aufopferungsvolle Vertrauensmänner der Sozialdemokratie antworten mit tiefster Ueberzeugung: »Wir haben die größte und stärkste Sozialdemokratie der Welt aufgebaut, gerade in unserem rückständig-klerikalen Land — wir werden auch die 7 Prozent fehlender Stimmen gewinnen.« Kaum ist der aufreibende Wahlkampf vorbei, so gehen sie mit ganzer Kraft daran, die Wähler zu Mitgliedern, zu Lesern ihrer Parteipresse zu gewinnen.

Eine Idee, die die Massen ergreift, ist immer wert, daß man sich eingehend mit ihr auseinandersetzt. Und die Theorie von der Machteroberung vermittelt weiterer 7 Prozent der Stimmen, sie hat Einfluß auf viele tausende der besten Arbeiter gewonnen.

Wie vollzieht sich das Wachstum der Sozialdemokratie?

Eine englische konservative Zeitung hat die Wahlen in Oesterreich als »Bubikopf-Wahlen« bezeichnet. Die Frauen, die den Bubikopf lieben, fürchteten die Unduldsamkeit der Klerikalen in den Fragen der Mode, Kleidung, Haartracht usw. meinte das englische Blatt und wählten daher sozialdemokratisch.

So lächerlich diese Behauptung aussieht, sie drückt tatsächlich, wenn auch nur symbolisch, den Charakter des Wachstums der Sozialdemokratie aus.

In Oesterreich ist das Zwei-Parteiensystem parlamentarisch fast gänzlich durchgeführt. Im Lager der Bourgeoisie hat die christlichsoziale Partei die ausschließliche Führung und mit ihr der Klerus auf dem Kulturgebiet, Finanzkapital und Großgrundbesitz in der Wirtschaft. Dieser Zustand im Lager der Bourgeoisie wird den breiten Kreisen des Mittelbürgertums und insbesondere der heranwachsenden bürgerlichen Jugend nur schwer ertragen. Neben wirtschaftlichen Fragen — denn der mittlere und kleine Handel, sowie das Gewerbe, haben ganz andere Interessen wie Finanzkapital und Großgrundbesitz — sind es Kulturfragen, alte, selbstverständliche bürgerliche Forderungen, die in Oesterreich auf den schärfsten Widerstand der Kirche stoßen. Zu diesen Fragen gehören die Ehrengleichheit, die Beseitigung des § 144, Aenderung des Mittelschulwesens, schließlich die Trennung von Kirche und Staat. Selbstverständlich weiß die Kirche sehr gut, daß die Großbourgeoisie, die ihre Herrschaft in Oesterreich nur ausüben kann, wenn die Kirche den Fronvogt spielt, es nicht wagen wird, diese Fragen zu Kampfobjekten zwischen Großbourgeoisie und Klerus zu machen. Mittelbürgertum und Kleinbürgertum, die nicht direkt Anteil an der Staatsmacht haben, sind daher auch viel weniger bereit, aus Gründen der Staatspolitik Verzicht zu leisten. Und so gesellt sich zur wirtschaftlichen Unzufriedenheit mit der drückenden Vormachtstellung der Banken und Großagrarien die kulturelle Rebellion. Vor allem bei der bürgerlichen Jugend. Die Hirtenbriefe der Bischöfe werden als aufreizende, mittelalterliche Provokationen empfunden. Das vollständige Unverständnis der Emanzipationsbestrebungen der Frauen gegenüber, das Nichtbegreifen wollen des Sportes, die veraltete geschlechtliche Moral, das und noch vieles andere bildet neben den großen Kulturfragen einen wachsenden Gegensatz zwischen der jungen kleinbürgerlichen Generation und der herrschenden Moral, die vornehmlich vom Fürsterzbischof bestimmt wird.

Das sind die Wurzeln des Zuges der kleinbürgerlichen Jugend, des Mittel- und Kleinbürgertums zur Sozialdemokratie. Das allein würde aber noch nicht alles erklären.

Von der Klassenpartei zur Volkspartei.

Dieser »Zug zur SP« im Mittel- und Kleinbürgertum wäre an und für sich nicht so gefährlich; aber diese Schichten, die jahrelang den inneren Verbürgerlichungsprozeß der S P. genau verfolgt, das Heranwachsen einer Partei- und Gewerkschaftsbürokratie gesehen haben, kommen nicht als Bittende, sondern als Fordernde. Eine revolutionäre Arbeiterpartei wird, wenn diese Schichten zu ihr abgetrieben werden, sie nicht zurückstoßen. Sie wird aber

durch einensolchen Zuzug sich nicht einen Augenblick vom Klassenkampf vom Kampffür die Interessen der Arbeiterklasse abhalten lassen. In diesem Kampf werden sich die Mittelschichten der Führung des Proletariats unterordnen und als Mitläufer in der Etappe der Klassenfront folgen, gewissermaßen als Treibholz im Strom der Entwicklung.

Ganz anders die Sozialdemokratie. Sie feiert jetzt ihren großen Triumph. »Daß ihr es endlich erkannt habt, daß nur wir ehrlich national, freiheitlich, republikanisch, demokratisch, mit einem Wort modern sind«, jauchzt sie den Kommenden entgegen. Und war es ihre Taktik bisher, durch eine vernünftige, nicht aufreizende Realpolitik diese Schichten zu gewinnen, so muß sie jetzt, wo sie sie endlich hat, trachten, sie zu befriedigen.

Anstatt das Kleinbürgertum der proletarischen Führung unterzuordnen, wird nun die Sozialdemokratie zur Vertreterin dieser Schichten, genauso wieder Arbeiterschaft, also zur Volkspartei.

Kann eine solche Volkspartei die Macht erobern?

Nicht leicht, aber sie kann es. Durch ständige Konzessionen gewinnt sie neue Kreise, von den Intellektuellen bis zu den Gastwirten, vom Kinobesitzer bis zur freiheitlichen Studentenschaft. Sie erlangt unter günstigen, außen- und innerpolitischen Umständen — gegenwärtig sind die außenpolitischen Verhältnisse derart, daß die Bourgeoisie ernsthaft an den Staatsstreich denkt — die ersehnte 51prozentige Mehrheit im Parlament.

Bedeutet das aber die Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat? Die Verfügung über die Quellen der Macht, die Betriebe, Banken, Grund und Boden, den Verwaltungs- und Machtapparat?

Nie und nimmer! Die Sozialdemokratie kann bestenfalls die Mehrheit im Parlament, bestenfalls die Regierungsmacht erobern; solange hat sie die Erfolg-

schaft ihrer bürgerlichen Mitkämpfer, solange ist eine bewaffnete Abwehr der Großbourgeoisie nicht zu erwarten. Wollte aber die Sozialdemokratie — keine Angst, sie denkt ja nicht daran — die parlamentarische Mehrheit im Interesse der proletarischen Klasse verwerten, im Nu würden ihre bürgerlichen Mitkämpfer — trotz Bubikopf und Eherechtsreform — auf der Seite der Großbourgeoisie stehen und das Proletariat würde an der wütenden und entschlossenen Abwehr der Bourgeoisie erkennen, daß es die Macht im Staate nur revolutionär, nur im bewaffneten Kampf erobern und mit den Mitteln der Diktatur ausüben kann.

Daß die Sozialdemokratie gerade jetzt, im Zeitpunkt der Unternehmeroffensive, den Kulturkampf in den Mittelpunkt stellt, ist nur ein Versuch, die bürgerlichen Mitkämpfer nicht durch reinproletarische Angelegenheiten vor den Kopf zu stoßen.

Was tun?

Die Sozialdemokratie ist zur Volkspartei geworden. Nie wird sie an der Spitze des Proletariats die Bourgeoisie niederwerfen und die proletarische Herrschaft verwirklichen. Anders aber ist jedes Wort von »Sozialismus« müßiges Gerede, denn anders ist der Sozialismus nicht verwirklichbar.

Die Interessen der Arbeiterklasse können nur vertreten werden, von einer Klassenpartei, von einer revolutionären Partei des Proletariats. Nur eine solche Partei wird die Vorherrschaft des Proletariats über die Schichten der Mitläufer verwirklichen, nur eine solche Partei wird die Herrschaft des Proletariats verwirklichen.

Wir sagen das und sind uns wohl bewußt, daß es ein schwerer Kampf ist, gegen den Strom der Illusionen anzukämpfen. Der Strom ist gewaltig. Gewaltiger aber ist das Klasseninteresse des Proletariats. Im Kampf mit den Illusionen wird das Klasseninteresse des Proletariats siegen. Unsere Aufgabe aber ist es, diesen Prozeß zu beschleunigen, zu vertiefen, die Wiedergeburt des revolutionären Klassenkampfes ist unsere Lösung.

Der Vorstoß der Alpine-Magnaten.

Die Betriebsräte wenden sich an das Einigungsamt.

Wie der »Oesterreichische Metallarbeiter« be-

richtet, haben die Betriebsräte beim Einigungsamt in Leoben eine Beschwerdeschrift in der Angelegenheit der eigenmächtigen, frechen Neuregelung, die die Hüttenleitung am 30. März durch Anschlag im Werk verügte, eingebracht. In dieser überaus ausführlichen Schrift führen die Betriebsräte aus, wie die Alpine von Jahr zu Jahr die Löhne durch neue raffinierte Verrechnungsmethoden verschlechterte. Ueber den letzten Vorstoß der Direktion heißt es wörtlich:

Am 12. März l. J. erhielt der Betriebsrat einen neuen Vorschlag, der vom ersten Vorschlag zur Gänze abweicht. Zu diesem Vorschlag wurde vom Rechnungsmanipulanten, Herrn Beer, dem Betriebsrate das Ziffernmaterial übermittelt, das als Unterlage für die Errechnung des zweiten Vorschlages geeignet hat.

Wir haben die Durchrechnung dieses Vorschlages in seiner materiellen Auswirkung vorgenommen, um eine Vergleichung der neu zu schaffenden Verdienstverhältnisse gegen die früheren Verdienstverhältnisse zu ermöglichen. Diese Arbeit beschäftigte uns ungefähr 14 Tage und wir sind zu dem Resultat gelangt, daß der neue Vorschlag eine Verkürzung der Arbeiter um 30 bis 50 g per Stunde zur Folge haben würde. Dafür nur zwei Beispiele. Der alte Akkordlohn eines Vorwalzers hat S 2.15 per Stunde betragen. Nach dem Vorschlag vom Februar 1927 beträgt er S 1.94. Der alte Akkordlohn des Schmierers hat per Stunde S 1.17 ausgemacht, nach dem Vorschlag vom Februar 1927 beträgt er S 1.14.

Wir sind am 25. März bei der Hüttenleitung erschienen, um mit Herrn Direktor Dostal über diesen Vorschlag zu verhandeln; er ließ sich aber auf eine Verhandlung mit uns überhaupt nicht ein. Es wurde sodann der zweite Vorschlag fallen gelassen und uns am 30. März der dritte, oben erwähnte Vorschlag gemacht.

Dieser Vorschlag geht in der Verkürzung der Arbeiterschaft noch weiter als der vom Februar l. J. Denn da soll der Vorwalzer für die Stunde nicht einmal S 1.94, sondern S 1.54 statt S 2.15, und der Schmierer für die Stunde nicht einmal S 1.14, sondern S 0.91 statt S 1.17 bekommen.

Ohne uns die Möglichkeit zu geben, den dritten

Vorschlag in seiner materiellen Auswirkung für die Arbeiterschaft zu überprüfen, ohne mit uns über die den dritten Vorschlag betreffende Neuregelung der Akkorde, Leistungs- und Prämienätze in Verhandlungen zu treten, hat die Hüttenleitung am 30. März d. J. diese Neuregelung durch Anschlag im Werk aus eigener Machtvollkommenheit verfügt.

Aus eigener Machtvollkommenheit setzt also die Werksdirektion, ohne sich mit der Arbeiterschaft ins Einvernehmen zu setzen, die Löhne allmonatlich herab.

Dieser Bericht der Betriebsräte bedarf wohl kein weiteres Kommentar. Mit nicht zu überbietender Klarheit zeigt er den Weg, den das österreichische Kapital einschlägt, unbeirrt durch Wahlausgänge, um die Vorkriegszustände in den Betrieben wiederherzustellen.

Die Weltwirtschaftskonferenz in Genf.

Wie die Abrüstungskonferenzen nichts anderes sind, als der Versuch der stärkeren Großmächte die schwächeren zur Rüstungs-Beschränkung zu zwingen, so hat die Weltwirtschaftskonferenz den Zweck, die schwächeren Industrien unter Druck zu setzen und sie einzugliedern dem Herrschaftsapparat der großen Kartelle und Truste, wie sie z. B. Deutschland und Frankreich im eigenen Lande und gemeinsam zur Beherrschung des europäischen Marktes gebildet haben.

England hat an der Konferenz ein zweifaches Interesse. Erstens will es versuchen, den französisch-deutschen Wirtschaftsblock zu sprengen und Deutschland in die englische Einflußsphäre einzubeziehen. Zweitens aber alle kapitalistischen Staaten auf ein Wirtschaftsprogramm gegenüber Sowjetrußland zu einigen, um das russische Außenhandelsmonopol durch Kredit-Sperre und ähnlichen Boykottmaßnahmen zu brechen. Die Anwesenheit der russischen Delegation hat den Zweck, den Arbeitern der ganzen Welt durch ihre Stellungnahme und Kritik zu beweisen, daß auf dieser Konferenz nicht die Weltwirtschaft, sondern die Herrschaft der stärksten Kapitalgruppen in der Weltwirtschaft verbessert werden soll.

Wirtschaftskrise und Bankenprofit.

Die Wirtschaftskrise verschärft sich weiter. — Trotz Saisonarbeit hält sich die Ziffer der Arbeitslosen auf 250.000 und in einer Reihe Großbetriebe nimmt die Kurzarbeit von Woche zu Woche zu.

Gerade das Organ des Finanzkapitals war es, das vor einiger Zeit das geflügelte Wort von der »Fürsorgeinflation« geprägt. Die Lasten der Sozialpolitik erschlagen die Wirtschaft, jammerte das Börsenblatt und gedachte wohl insbesondere an die »Lasten« der Dynastie Rothschild, der Herren von der Kreditanstalt. Wie erlogen und demagogisch das Gezeter der Börsenblätter war, geht am glänzendsten durch die nunmehr veröffentlichte Bilanz der vier führenden Wiener Großbanken hervor. Wohl liegt ein ansehnlicher Teil der Betriebe, die den diversen Bankkonzernen angehören, still, wohl gewährt die Börse nicht mehr jene gewaltigen Gewinnmöglichkeiten, wie vor dem Frankenkrah, wohl hat die Stabilisierung der meisten Währungen das großzügige Arbitrage- und Spekulationsgeschäft der Inflationszeit eingeschränkt, dennoch — die Gewinne der Finanzhyänen klettern weiter, ins Märchenhafte. 250 Milliarden ausgewiesener Profit, das ist das Ergebnis des Krisenjahres 1926 für die vier Großbanken. Wohl gemerkt, das ist der offizielle, der Steuerbehörde vorgelegte Reingewinn. Von diesen 250 Milliarden entfallen auf die

	Milliarden Kronen
Kreditanstalt	78,5
Bodenkreditanstalt	66,8
Eskomptegesellschaft	58
Bankverein	

Wie man sieht, die »sozialen Lasten« erschlagen das »arme Kapital«.

Warum die Christlichsozialen gegen den Pächterschutz sind.

Die christlichsoziale Partei ist gegen eine Erneuerung des Pächterschutzgesetzes, dessen Geltungsdauer mit Ende dieses Jahres abläuft. Dieses Schutzgesetz ist für den Kleinbauern von gleicher Bedeutung wie das Mieterschutzgesetz für die Werktätigen der Städte. Viele Kleinbauern sind noch Wähler der Christlichsozialen und trotzdem? Ja, trotzdem geniert dieses Pächterschutzgesetz einen Teil der Pfaffenpartei und zwar den geistlichen Teil.

Die römisch-katholische Kirche gehört bekanntlich zu den reichsten und größten Grundbesitzern Oesterreichs. Die drei Chorherrenstifte Klosterneuburg, Gars und Herzogenburg haben z. B. einen Grundbesitz von 11.168 ha und das Stift Klosterneuburg allein herrscht über 1000 Pächter. Ja, wenn es sich um den Profit und um bessere Ausbeutungsmöglichkeit handelt, dann pfeifen die Herren eben auf Christentum und Sozialismus.

So verlangt das Stift Klosterneuburg von seinen Pächtern, deren Vertrag am 31. Dezember 1926 abgelaufen ist, bereits den valorisierten Pachtzuschilling von 10 Goldheller für den Quadratmeter.

Betyarische Wahlen.

Nachdem vor einigen Tagen die in Kecskemet gewählten Abgeordneten der Einheitspartei, Tibor Zsitvay und Julius Pekar, auf ihr Mandat verzichtet haben, hat sich nunmehr auch der in Zalaegerszeg gewählte Abgeordnete der Einheitspartei Baron Kray entschlossen, auf sein Mandat zu verzichten. Auch hier hatte, ebenso wie in Kecskemet, die Opposition das Mandat angefochten, und der Verwaltungsgerichtshof hat erkannt, daß in Zalaegerszeg bei den Wahlen ebenfalls eine Reihe von schweren Unregelmäßigkeiten zum

Schaden der oppositionellen Wähler vorgefallen ist. Dieser neuerliche Verzicht eines Abgeordneten der Einheitspartei erregt in den Kreisen der regierungstreuen Politiker peinliches Aufsehen.

Eine bedeutsame Entscheidung.

Die Bezirkshauptmannschaft Mödling hat versucht, Eltern Konfessionsloser Kinder zu zwingen, diese am römisch-katholischen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen.

Die von den Freidenkern eingeleitete Massenbewegung hat zur Folge gehabt, daß ihrem Standpunkt voll Rechnung getragen worden ist. Die Begründung stützt sich auf den Friedensvertrag von St. Germain, nach welchem Konfessionslosigkeit mit Konfession gleichzusetzen ist. Konfessionslose Kinder sind nach dieser Entscheidung nicht gehalten, den Religionsunterricht zu besuchen.

Von den Fronten der chinesischen Revolution.

Die militärische Lage.

In der Provinz Honau sind schwere Kämpfe im Gang. Die Hankautruppen halten, trotz verzweifelter Angriffe der Nordarmee, den strategisch entscheidenden Punkt Sunyangtsan. Dagegen geben die Truppen Tschang-Kai-Tscheks dem Druck der Nordarmee nach. Gerüchte melden eine Schlappe der Hankautruppen im Kampf mit Tschang-Kai-Tschek. — Andererseits melden Nankinger Zeitungen, daß Tschang-Kai-Tschek seine Angriffe auf die Hankautruppen einzustellen beabsichtigt, um seine ganze militärische Kraft gegen die Nordarmee zu richten, gegen die 70.000 Mann der Feng-Armee (Hankautruppen) und die Kerntruppen der Hankau-Regierung zum Angriff übergehen. Unbestätigte Meldungen berichten die Einnahme Nankings durch die Nordarmee.

Die Nanking-Regierung in Not.

Es bestätigt sich, daß die rechtsbürgerliche Regierung Tschang-Kai-Tscheks in Nanking in jeder Beziehung auf Schwierigkeiten stößt. Meldungen aus London zufolge, mußte Tschang-Kai-Tschek unter dem Druck der Gewerkschaften den Belagerungszustand in Schanghai aufheben.

Festigung der Hankau-Regierung.

Die wirtschaftliche Lage Hankaus, das Tschang-Kai-Tschek durch Besetzung aller Hafenstädte und damit der Zollquellen, wirtschaftlich zu vernichten suchte, bessert sich täglich. Der Kurs der von der Hankau-Regierung emittierten Banknoten ist in den letzten Tagen in Schanghai stark gestiegen.

Anwachsen der revolutionären Organisationen.

Die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Partei Chinas ist auf 58.000 (im Jahre 1925 waren es

kaum 6000), die des kommunistischen Jugendverbandes auf 55.000 gestiegen. Die Gewerkschaften haben in den letzten zwei Jahren ihre Mitgliederzahl mehr als verdreifacht. Sie beträgt mehr als 2.800.000. In den revolutionären Bauernbünden sind 9.500.000 Bauern organisiert, in den revolutionären Studenten- und Intellektuellen-Organisationen 450.000.

Die Bauernmassen in Bewegung.

Die Partisanenbewegung, insbesondere im nördlichen Teile der Provinz Honau, greift immer mehr um sich. Die »Roten Lanzen« reorganisieren ihre Truppenteile zu einer Volksmiliz. Einige Bezirke östlich und westlich der Eisenbahn Peking—Hankau sind von den Partisanen besetzt. Die Nordarmee ist außerstande, diese Bewegung zu unterdrücken.

Die chinesischen Arbeiter in Holländisch-Indien erwachen.

Aus Holländisch-Indien wird gemeldet, daß die Komintang-Bewegung unter den Chinesen, deren Zahl mehr als eine Million beträgt, große Fortschritte macht.

Bürgerliche Intellektuelle protestieren gegen den Justizmord an Sacco und Vanzetti.

61 Professoren der juristischen Fakultäten von fünf amerikanischen Universitäten haben eine Petition zugunsten der Revision des Prozesses gegen Sacco und Vanzetti unterzeichnet und dem Gouverneur des Staates Massachusetts, Fuller, überreicht.

„Genosse, ich kann den Brief nicht nehmen.“

Von Eugen Leviné.

(Schluß.)

Langsam dreht sich der Schlüssel im Türschloß. Einmal, zweimal. Knarrend geht die Tür auf. Ekelhafter Geruch von Dutzenden von Paraschas (Eimern) schlägt vom Korridor in die Turmzelle. Ich öffne die Augen. Es dämmert kaum. Gähnend steht der Wärter in der Tür, nestelt am Gurt, steckt den Revolver zu recht. »Guten Morgen«. — Klappernd mit den Holz-pantoffeln auf dem steinernen Boden, klirrend mit den eigenen Ketten, läuft Butkewitsch, der Korridorputzer, hin und her. »Guten Morgen«. Er läuft ans Fenster, reißt es auf, und kühlend netzt die frische Morgenluft mir das Gesicht. Ich wende den Kopf zum Fenster, atme in vollen Zügen die Luft ein. Da gewahre ich im fahlen Morgenlicht auf dem Fensterbrett etwas Weißes: einen kleinen Zettel. Schnell sehe ich weg, damit der Wärter nicht der Richtung meines Blickes folgt. Doch er hat nichts gemerkt. Noch immer macht er sich gähnend am Revolver zu schaffen. Wieder klirren die Ketten und klappern die Pantoffeln: Butkewitsch bringt die leere Parasche. Schnell wechselten wir einen Blick des Einverständnisses. Dann nimmt er die leergebrannte Lampe vom Tisch, und die Tür fällt dröhnend wieder ins Schloß. Zweimal drehte sich der Schlüssel. Ich bin wieder allein.

Einen Blick aufs Guckloch in der Tür: Nein, niemand. Ich nehme den Zettel vom Fenster. Ich erkenne die Handschrift: ein Genosse vom unteren Korridor schreibt mir: »Genosse! Gestern nacht hat man einen Neuen gebracht. Du kennst ihn nicht. Er sitzt unter Dir im Turm. Morgen wird er zur Hinrichtung transportiert. In unserer Zelle sitzen seine Freunde. Sie wollen ihm einen letzten Gruß

senden. Jede Verbindung mit seiner Zelle im unteren Korridor ist abgeschnitten. Versuche den beiliegenden Zettel zu ihm zu schaffen. Es sind letzte Abschiedsgrüße. Dank im voraus...«

Den ganzen Vormittag gehe ich in meiner Zelle auf und ab und überlege. Unten ist die Verbindung mit ihm abgeschnitten. Es gibt nur ein einziges Mittel: Ich muß ihm den Brief durchs Fenster zustellen...

Als ich um zwölf das Mittagessen in Empfang nehme, raune ich Butkewitsch zu: »Das Telephon!« Er nickt. Eine halbe Stunde später bringt er mir heißes Wasser für den Tee. Der Wärter bleibt in der Tür stehen. Butkewitsch macht sich am Tisch zu schaffen. Der Wärter wird ärgerlich. »Na, wirst bald?« Da beginnen zwei Kriminelle in dem Korridor Streit. Absichtlich, um den Wärter abzulenken. Laut hallen die Schimpfworte. Der Wärter geht hinaus. »Wollt ihr wohl Ruhe halten!« Butkewitsch benutzt den Augenblick, zieht unter seiner Jacke ein Bündel hervor, wirft es schnell unter meine Pritsche prüfend durch die Zelle schweifend und geht dann auch und geht auch hinaus. Auf dem Korridor ist es wieder ruhig, der Wärter kommt zurück, läßt seine Blicke hinaus. Die Tür fällt ins Schloß, wieder knarrt zweimal der Schlüssel und wieder bin ich allein. Das »Telephon« liegt unter der Pritsche: ein langer Strick aus Fetzen von Bettdecken zusammengesetzt. Der Zettel ist in einer Spalte der Wand versteckt. Ich muß warten. Ein dreifacher Ring umgibt das Gefängnis. Innen im Hof Gefängniswärter und Feldjäger, draußen, vor der Mauer, Schutzleute. Gerade vor meinem Fenster — ein Feldjäger. Er muß es sehen, wenn ich das »Telephon« hinablasse. Doch ich habe Glück. Heute abend soll ein Feldjäger auf Wache kommen, der mit uns heimlich sympathisiert. Der wird schon ein Auge zudrücken. Und die Außenposten werden es nicht so schnell merken. Ich habe alles für den Abend bereit. Schreibe ein Klopfalphabet mit

Erläuterungen, damit der Genosse wenigstens die letzte Nacht mit mir sprechen kann. Vielleicht hat er letzte Wünsche zu übermitteln, letzte Grüße...

Es dämmert. Ich hocke auf dem Fensterbrett. Im Garten des Gefängnisdirektors, draußen, vor unserer Mauer, räkeln sich die Schutzleute. Innen im Hof vor dem Fenster, steht der Feldjäger. Sieht er mich nicht? Will er mich nicht sehen?

Ich stecke die Hand zwischen die Gitterstäbe und lasse langsam das »Telephon« hinab. Unten baumelt der Brief. Nach meiner Berechnung muß er jetzt vor seinem Fenster sein. Ich klopfe an die Wand, um den Genossen aufmerksam zu machen. Keine Antwort. Das Telephon baumelt im Winde. Vielleicht kann er es nicht greifen, weil es so hinundher geht. Ich ziehe das Telephon wieder herauf, beschwere es mit dem Metallbecher und lasse es hinab. Gerade gespannt hängt jetzt der Strick. Jetzt muß der Brief vor seinem Fenster sein. Ich klopfe mit dem Fuß auf dem Boden, klopfe mit dem schweren Holzschmel. Laut. Er muß es hören. Aber unten bleibt alles still. Keine Hand greift nach dem Brief.

Der Feldjäger wird unruhig. Er winkt mir und macht mir Zeichen. Ich soll aufhören. Ich beachte es nicht. Die Schutzleute an der Außenmauer haben es auch bemerkt. Laut tönen ihre Stimmen. »Hundesohn! — mach, daß du fortkommst vom Fenster!«

Jetzt gilt es. Länger kann ich nicht bleiben. Gesehen hat man mich ja doch schon. Ich presse das Gesicht an die Gitterstäbe und rufe: »Genosse! Genosse! Warum nehmen Sie den Brief nicht?« — »Hundesohn! Wirds bald! Wir schießen! Und schon greifen sie nach den Gewehren. Ich lausche — noch einen Augenblick, sonst ist es zu spät. Da dringt eine Stimme von unten herauf, stammelnd und klagend, leise und kraftlos, so leise, daß ich das Gehör anstrengen muß, um zu hören: »Genosse — se... Ich kann... den Brief... nicht... nehmen. Beim

Die Diktatur des Proletariats.

»Die Geschichte lehrt uns, daß noch nie eine unterdrückte Klasse zur Macht gelangt ist und gelangen konnte, ohne eine Periode der Diktatur durchzumachen, d. h. der Erroberung der politischen Macht und gewaltsamen Niederhaltung des verzweifeltsten, wildesten, vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Widerstandes, welcher immer von den Ausbeutern geleistet wird. Die Bourgeoisie selbst, deren Herrschaft jetzt von Sozialisten verteidigt wird, die sich gegen die »Diktatur überhaupt« aussprechen und mit Leib und Seele für die »Demokratie überhaupt« einsetzen, hat ihre Macht in den zivilisiertesten Ländern durch eine Reihe von Aufständen, Bürgerkriegen, durch gewaltsamen Sturz der Königsherrschaft, der feudalen Sklavenhalter und Unterdrückung ihrer Restaurationsversuche erobert. Tausend- und millionenmal haben die Sozialisten aller Länder in ihren Büchern, Broschüren, in den Resolutionen ihrer Kongresse, in ihren Agitationsreden dem Volke den Klassencharakter dieser bürgerlichen Revolution auseinandergesetzt. Daher ist die jetzige Verteidigung der »bürgerlichen Demokratie« in Reden über »Demokratie überhaupt« und das jetzige Gezeter gegen die Diktatur des Proletariats im Geschrei über die »Diktatur überhaupt« — ein direkter Verrat am Sozialismus, ist tatsächlicher Uebergang ins Lager der Bourgeoisie, ist das Verneinen des Rechtes des Proletariats auf seine proletarische Revolution, eine Verteidigung des bürgerlichen Reformismus, gerade in dem historischen Augenblick, in dem der bürgerliche Reformismus in der ganzen Welt zusammengebrochen ist und der Krieg eine revolutionäre Situation geschaffen hat.«

N. Lenin (März 1919).

Sind Kommunisten für Gewinnbeteiligung der Arbeiter?

Es ist ein altes Mittel der amerikanischen Industriellen, das Interesse der Arbeiter am Unternehmen durch Gewinnbeteiligung zu steigern. Auf diese Weise wird planmäßig in der Arbeiterschaft die Illusion gezeugt, daß sie »für sich arbeite«, Streiks gegen ihr »eigenes« Interesse verstoßen und die regste Anteilnahme am Blühen und Gedeihen des Unternehmens ihr Interesse als »Kleine Kompagnons« sei. Wie gesagt, ein alter Trick des amerikanischen Korruptionismus —

Umsomehr muß daher die Stellungnahme der »Roten Fahne« vom 10. Mai 1927 Erstaunen erwecken; dort heißt es in dem Artikel »Gewinnbeteiligung in den tschechoslowakischen Bergwerken:

Das tschechoslowakische Gesetz vom 25. Februar 1920 bestimmt, daß 10 Prozent aller Reinerträge aller Bergwerksunternehmen zum Vorteil der Arbeiter zu verwenden sind.

Nach Mitteilungen der »Informations Soziales«, der Wochenschrift des Internationalen Arbeitsamtes, wurden in den Jahren 1923 und 1924 dieser Bestimmung gemäß folgende Beträge aufgewendet: 6.747.342 tschech. Kronen im Jahre 1923, 8.038.812 tschech. Kronen im Jahre 1924.

Wo bleibt der Anteil der österreichischen Bergarbeiter?

Verhör . . . hat man . . . mir . . . beide Arme . . . gebrochen. Genosse . . . leb wohl . . .« Leise und klagend tönt die Stimme und bricht plötzlich ab.

Ein wütendes Winken des Feldjägers; die Schutzleute vor der Mauer haben schon angelegt. Mit einem Ruck reiße ich das Telephon nach oben und lasse mich vom Fensterbrett gleiten, verstecke schnell alles unter der Pritsche.

Es ist höchste Zeit gewesen. Aufgescheucht vom Lärm, macht der Wächter auf dem Korridor seine Runde. Und jetzt schaut sein Auge durchs Guckloch. Aber ich liege schon auf meiner Pritsche auf dem Rücken mit verschränkten Armen und beruhigt geht er weiter . . .

Nachts, als es ganz still ist und draußen vor der Tür regelmäßiges Schnarchen ertönt, stehe ich auf und verbrenne alles: das Klopialphabet, die Erläuterungen und die letzten Grüße.

Rußig züngelt die Flamme zur Lampe heraus, ergreift das Papier und leckt gierig daran. Ein Häufchen Asche fällt auf den Tisch. Der Wind heult; fährt zwischen den Fensterritzen hindurch und die Aschestückchen flattern durch die Zelle: das Alphabet, die Erläuterungen und die letzten Grüße.

Unten aber sitzt der, dem sie galten. Am Vorabend seiner Hinrichtung. Mit gebrochenen Armen. Und niemand, der ihm ein Abschiedswort sagen könnte.

Der Wind heult. Unruhig flackert die Flamme. Phantastisch tanzen die Schatten. Am Fußboden bewegen sich zitternd die Aschestückchen.

Ich liege wieder auf der Pritsche. Hülle mich fester in den Pelz. Fröstle trotzdem. Schließe krampfhaft die Augen, beiße die Zähne zusammen. Im Ohr klingt mir noch immer leise und klagend die stammelnde Stimme:

»Ich kann den Brief nicht nehmen, Genosse! Lebe wohl!«

Ein schamloser Erpressungsversuch der „Ziag“.

Die frechen Scharfmacher in der Ziegelindustrie, die bisher in der unerhörtesten Weise die sozialpolitischen Gesetze der Republik mit Füßen getreten und ihre Arbeiter als Sklaven behandelt haben, versuchen nun, da die proletarische Öffentlichkeit durch den Verzweiflungstreik der Ziegelerbeiter aufgerüttelt wurde, mit nackten Erpressungen ihre Arbeiter ins Knie zu zwingen. Folgenden Brief erhielten eine Reihe entlassener Arbeiter:

Nachdem Ihr Dienstverhältnis am 1. Dezember 1926 gelöst wurde und keinesfalls mehr erneuert wird, werden Sie aufgefordert, Ihre Dienstwohnung innerhalb acht Tagen zu räumen, widrigenfalls wir gezwungen wären, die Räumungsflage gegen Sie einzubringen.

Wir setzen uns zu dieser Maßnahme gezwungen, weil Ihre Wohnung in den Zeitungen zum Gegenstand einer abfälligen Kritik unserer Wohnstätten gemacht wurde, wir jedoch Dienstwohnungen nur für bei uns beschäftigte Arbeiter instandhalten werden.

Achtungsvoll

Direktion der . . .
(Stampfziele, Unterschr.)

Das ist mehr als ein Erpressungsversuch an den Ziegelerbeitern. Das ist eine Herausforderung der gesamten Arbeiterschaft, die bisher ruhig zusah, wie die Ziegelbarone einen Sklavenstaat in der Republik aufrichteten. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie müssen alle Kampfmittel einsetzen, um den verbrecherischen Versuchen der Ziegelbarone endgültig ein Ende zu machen. Der Kampf hat um eine Lohnerhöhung begonnen. Die Lohnerhöhung ist im Verlauf des Kampfes zu einem Teilproblem geworden. Der Kampf, der begonnen hat, muß geführt werden bis zur restlosen Beseitigung der Ziegel-Sklaverei, bis zur Geltung der Gesetze der Republik, insbesondere des Betriebsrätegesetzes im Sklavenstaat des Herrn Sieghart, den er, der Besitzer der Bodenkreditanstalt ist auch der Herr der »Ziag«.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge zeigte auch in der zweiten Aprilhälfte einen erfreulichen Rückgang und zwar um rund 113.000, gleich 11,4 Prozent. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der genannten Zeit von 817.000 auf 717.000 zurückgegangen, die der weiblichen von 167.000 auf 154.000, die Gesamtzahl von 984.000 auf 871.000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger hat sich im gleichen Zeitraum von 1.120.000 auf 989.000 vermindert. Der Gesamtrückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat April betrug rund 250.000 gleich 22 Prozent.

Gärung in der ungarischen Arbeiterschaft

Das Gewerkschaftskartell von Fünfkirchen hat als Antwort auf die Aussperrungsdrohung der Metallindustriellen für den Fall der Aussperrung der Metallarbeiter die Proklamierung des Generalstreiks beschlossen. Die Arbeiterschaft von Fünfkirchen ist in fieberhafter Erregung, die Bergarbeiter rüsten zum Kampf. Gleichzeitig kommen aus allen Landbezirken Ungarns Meldungen über steigenden Kampfwillen der Landarbeiter, die sich weigern, Kontrakte für die Erntezeit zu schließen. In Regierungskreisen befürchtet man einen Ernstestreik.

Die Beschützer der deutschen Reaktion

Die »Frankfurter Zeitung« vom 9. Mai schreibt in ihrem Leitartikel wörtlich:

»Bei der letzten Reichstagswahl hat in der Reichshauptstadt die SPD. 368.000 Stimmen, die Kommunisten 217.000, die Demokraten 115.000.

In diese Millionenstadt, unantastbare Hochburg der Republik, konnten die 60.000 Stahlhelmer sich wirklich nur unter der dauernden Bedeckung des von dem Sozialdemokraten Severing geschaffenen und von einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten kommandierten Schupokorps hineinwagen.«

Die »Frankfurter Zeitung« ist bekanntlich ein linksbürgerliches Organ.

Ein ehrlicher Kapitalist.

Der Richter Elbertus H. Garulous, Vorsitzender des Aufsichtsrates des vereinigten Stahlverbandes in den Vereinigten Staaten, empfing den amerikanischen Journalisten Fuller Hoakum. Dieser legte ihm folgende Frage vor: »Wollen Euer Hochwohlgeboren dem amerikanischen Volke nicht das Geheimnis Eures geschäftlichen Erfolges enthüllen?« Die Antwort lautete: »Aeußerste Skrupellosigkeit ist die erste Voraussetzung für jeden führenden Großindustriellen. Regierung, Arbeiter und Publikum sollen sich zum Teufel scheren. Das ist mein Leitmotiv gewesen, und Sie sehen selbst, wohin es mich geführt hat. Loyal bin ich nur den Stahlaktionären gegenüber! Diese Loyalität widerspricht keinesfalls meinem Grundsatz vollkommener Skrupellosigkeit, denn zu den Hauptstahlaktionären gehören ich und meine Freunde . . . Um das Stahlgeschäft so zu gestalten, wie ich es getan habe, dazu benötigt man zum mindesten einen großen Krieg. Obschon ich und meine Verbündeten versucht hatten, einen ehrlichen, Gott wohlgefälligen Krieg herbeizuführen, muß ich immerhin zugeben, daß der letzte Weltkrieg uns als unvorhergesehenes Glück in den Schoß gefallen ist.«

Die Märznummer des »American Monthly«, 93 Fifth Av. Newyork, bringt diese Unterredung ihres Berichterstatters mit dem amerikanischen Großindustriellen in großer Aufmachung ohne Kommentar.

Schlechte Märchenerzähler.

Die »Rote Fahne« brachte eine Wild-West-Nachricht aus Graz, in der unsere Genossen Pmeisl, Wagner, Koch und der parteilose Kahapka beschuldigt werden, in der Druckerei des »Arbeiter-Wille« Flugzettel gratis für ihre Wahl-Versammlungen bekommen zu haben.

Die für zwei Versammlungen benötigten Flugzettel wurden in der Grazer Druckerei Bauer hergestellt.

Daß die Leute nichts von Politik verstehen ist traurig, aber schließlich — sie können nichts dafür.

Daß sie aber — wenn sie schon lügen müssen — so dumm lügen, ist eine wahre Schande.

Die Konferenz der kleinen Entente.

Eine merkwürdige Konferenz, die da in Joachimsthal zusammentritt! Die Staaten, die der kleinen Entente angehören — Polen, Tschechoslovakei, Rumänien, Jugoslawien — sollen die Einhaltung der Friedensverträge sichern, insbesondere die Habsburger-Einsetzung in Ungarn verhindern. Nun gehört aber Rumänien bereits dem italienischen Block an, Polen schwankt noch — Italien rüstet, gestützt auf Ungarn und Rumänien, zum Krieg gegen Jugoslawien und so bleibt eigentlich die Frage, auf die die Konferenz eigentlich Antwort geben soll: Gibt es überhaupt noch eine kleine Entente?

Reichskonferenz der Opposition.

Die Reichskonferenz wird hiemit für Samstag, den 21. Mai 5 Uhr nachmittags und Sonntag, den 22. Mai, nach Wien einberufen. Die näheren Weisungen ergehen direkt an die Organisationen.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage und unsere nächsten Aufgaben
2. Organisation
3. Wahlen
4. Eventuelles

Auf der Vorkonferenz am Samstag werden die Berichte der Leitung und der Kontrolle, sowie die Berichte der Organisationen erstattet.

Die Oppositionsleitung.

Herren- und Damenschneider

verfertigt nach neuester Mode die schönsten Herren- und Damenkleider, insbesondere Sportbekleidung, auch aus mitgebrachten Stoffen billigst. Für Fixbesoldete auch TEILZAHLUNG.

KARL ANTOSCH, V., VOGELSANGASSE 34, III/29

Eigentümer: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236. — (Im Auftrag der Opposition in der Kom. Partei, Sektion der dritten Internationale). — Herausgeber und Verleger: Hans Thoma, II., Novaragasse 24/22. — Verantwortlicher Redakteur: Kurt Landau, XVIII., Vincenzgasse 24. — Druck: Buch- u. Kunstdruckerei »Donau« III., Custozzagasse 8